



EDITORIAL

Liebe Freund*innen,

mit diesem Frühjahr/Sommer Newsletter 6 aus der Regionsfraktion möchten wir Euch über die wichtigsten Ereignisse aus der Regionspolitik unterrichten.

Verstärkung in der Fraktion

Wir dürfen zwei neue Gesichter in unserer Fraktion begrüßen: Hannelore Mücke-Bertram und Michael Köhler.

Hannelore vertritt in der Regionsversammlung den Wahlbereich WB 03 Hannover-Nordwest. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Soziales; Gleichstellung sowie Schule, Kultur und Sport.

Michael vertritt den Wahlbereich 02 Hannover-Nord. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft; Feuerwehr, Rettungsdienste und Ordnungsangelegenheiten.

Medizinische Versorgung

Es dürfte niemandem entgangen sein, dass wir über Monate mit der Neuausrichtung eines der größten kommunalen Krankenhäuser in Deutschland beschäftigt waren, dem Klinikum Region Hannover (KRH).

Sinja Münzberg und Birgit Ballweg haben gefühlt in 100 Sitzungen, ebenso vielen Telefonaten für diese notwendige Reform gearbeitet und in der ganzen Region dafür geworben. Die Mitgliederversammlung dazu haben viele von Euch genutzt, um sich ein klares Bild zu verschaffen. In Laatzen lud der SoVD ein; Birgit Ballweg hat sich mit hoher Sachkompetenz auch hier den Fragen der Anwohner*innen gestellt.

Neuer Verkehrsentwicklungsplan

Als Etappenziel zu einer klimaneutralen Region soll bis 2035 durch das „Aktionsprogramm Verkehrswende“ eine CO₂-Minderung der verkehrsbedingten Emissionen der Bewohner*innen der Region Hannover sowie der Einpendler*innen von 70 Prozent erreicht werden.

Wer von Euch Ratsmitglied ist, hat sicherlich an der einen oder anderen Stelle mit daran gearbeitet. Zum Beispiel an der Entscheidung, wo Tempo 30 gelten sollte, an welchen Radwegen was gemacht werden muss, oder, oder, oder... Danke an alle, die mit ihren Ideen mitgewirkt haben diesem Ziel näher zu kommen.

Neue Planung für die Windkraft

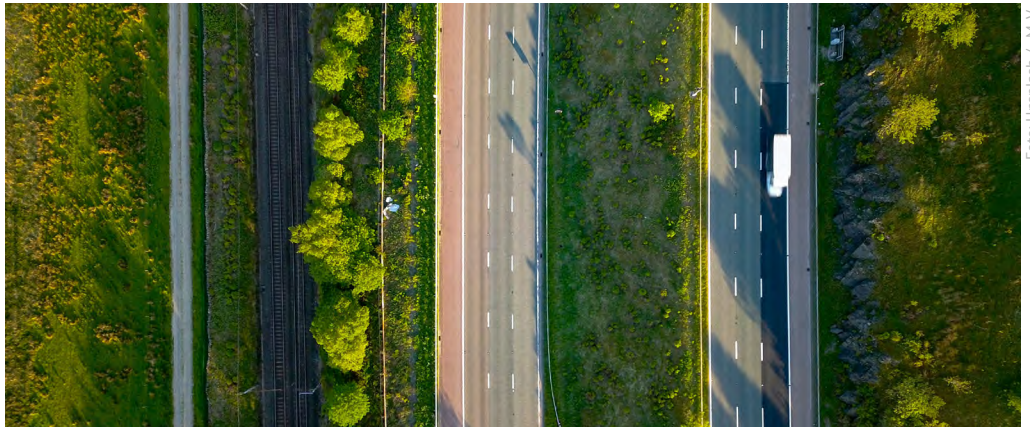
Nachdem die Bundeswehr mit Sonderforderungen den fertigen Entwurf zu den Standorten von Windkraftanlagen komplett über den Haufen geschmissen hat, muss alles neu. Und auch die vor der Sommerpause startenden Termine zur Bürger*innenbeteiligung dazu sind passé. Bitter. Woran man bei so einem Plan denken muss, steht auf Seite 6.

Und sonst so?

Im Mai haben wir Laura Vetter als Referentin in die Grüne Landtagsfraktion verabschiedet. Haben wir echt nicht gerne gemacht! Aber wie es manchmal so ist, konnten wir glücklicherweise Nathalie Beckmann überzeugen bei uns einzusteigen. Sie übernimmt die Themen Klima, Umwelt, Bauen, Abfall und Raumordnung. Ihr werdet sicher bald von ihr hören oder lesen.

Foto: Sven Brauers

Foto: Sven Brauers



MOBILITÄT

Mehr Rad, weniger Auto: Grünes Licht für den Verkehrsentwicklungsplan

Nach ausführlichen und konstruktiven Gesprächen mit der Opposition haben wir einen gemeinsamen Antrag zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP 2035+), der im Juli in der Regionsversammlung beschlossen wird, auf den Weg gebracht.

Ziel ist nach wie vor, den Autoverkehr zu halbieren und bis zu 70 Prozent an CO₂ einzusparen. Auch wenn die Eindeutigkeit mancher Aussagen in den Verhandlungen auf der Strecke geblieben sind - oft wurde etwa ein „bis zu“ oder „idealerweise“ in den Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage eingefügt - bleibt der VEP 2035+ deutschlandweit eines der ambitioniertesten Vorhaben im Verkehrssektor. Dazu gehört auch die Umverteilung des Verkehrsraumes sowie der Ausbau der Infrastruktur für den öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr.

Ausdrücklich sieht der VEP 2035+ dafür sowohl ein gutes Angebot von Alternativen vor als auch Maßnahmen, um klimaschädliche Mobilität unattraktiv zu machen. Damit stellen wir die Weichen für die Verkehrswende in unserer Region und konzentrieren uns darauf, die Treibhausgasemissionen im Verkehr langfristig zu senken.

Dass sich auch CDU und FDP zum VEP 2035+ bekannt haben, ist für uns ein entscheidender Faktor. Damit steht der politische Beschluss auf einer breiten Basis und die Opposition kann künftig in Diskussionen darauf verpflichtet werden. Außerdem sind nun die Chancen für eine Umsetzung in den CDU-regierten Kommunen größer. Beim Verkehrsentwicklungsplan handelt es sich um einen Rahmen, der mit Leben, also mit konkreten Anträgen und Umsetzungsschritten, gefüllt werden muss.

Lest dazu auch: [Verkehrsentwicklungsplan Aktionsprogramm Verkehrswende der Region Hannover](#)

Änderungsantrag der Gruppe CDU/FDP und der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 28. April 2023 zur Vorlage 1487 (V) BDs



Grafik: GRÜNE Regionsfraktion

Verkehrsversuch mit Tempo 30 startet

Viele Menschen in den Städten und Gemeinden der Region wünschen sich, dass vor ihrer Tür langsamer gefahren wird. Damit wird das Unfallisiko gesenkt und die Belastungen an Lärm und Abgasen reduziert. Wir Grüne stehen für eine Ausweitung auf Tempo 30 innerorts und haben bereits vor Jahren einen flächendeckenden Verkehrsversuch in der Region unterstützt. Das Vorhaben wurde allerdings von der damaligen Landesregierung untersagt. Jetzt gibt es voraussichtlich grünes Licht für einen kleinen Verkehrsversuch: Jede Kommune konnte eine Straße vorschlagen, auf der das Tempo reduziert werden soll, fast alle beteiligten sich. Wir sind gespannt auf die Erfahrungen und freuen uns auf eure Rückmeldungen.

Lest dazu auch: [Beitritt der Region Hannover zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“](#)

Immer am Kanal lang

Am Mittellandkanal soll bereits im kommenden Jahr einer der attraktivsten Radwege in der Region entstehen. Der Uferweg wird asphaltiert und verläuft viele Kilometer lang quasi kreuzungsfrei. Die Ausbaustrecke startet etwa in Höhe von Wunstorf, führt dann über Seelze und Letter zum Lindener Stichkanal und schließlich über bereits bestehende Radwege bis ins Zentrum von Hannover. Die Finanzierung wird zu 90 Prozent aus Bundesmitteln bestritten. Ein Meilenstein auf dem Weg zur fahrradfreundlichen Region, auf die wir mit Hochdruck hinarbeiten!

Lest dazu auch: [Radverkehrstauglicher Ausbau und Unterhalt Betriebswege Mittellandkanal/Stichkanal Linden](#)

Der sprinti kommt bald auch zu dir

Das On-Demand-Angebot ist ein echtes Erfolgsmodell – die Fahrgastzahlen in den drei Testkommunen sind in den vergangenen Monaten enorm angestiegen. Die Zufriedenheit ist groß. Ab Sommer startet der sprinti deshalb in der gesamten GVH-Tarifzone C durch. Fahrgäste können dort – nach vorheriger Buchung per App oder Telefon – künftig an virtuellen Haltestellen in der Nähe ihres Start- und Zielpunktes ein- bzw. aussteigen. Dafür werden einige Busverbindungen gestrichen. Der sprinti ist barrierefrei und im normalen GVH-Tarif enthalten. Auch das Deutschlandticket gilt. Wir unterstützen dieses einzigartige Angebot in Deutschland.

Lest dazu auch: [MoHaWiV - Modellregion Hannover: Wendepunkte im Verkehr](#)

[Direktvergabe über On-Demand-Verkehrsleistungen sprinti an die ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe AG](#)

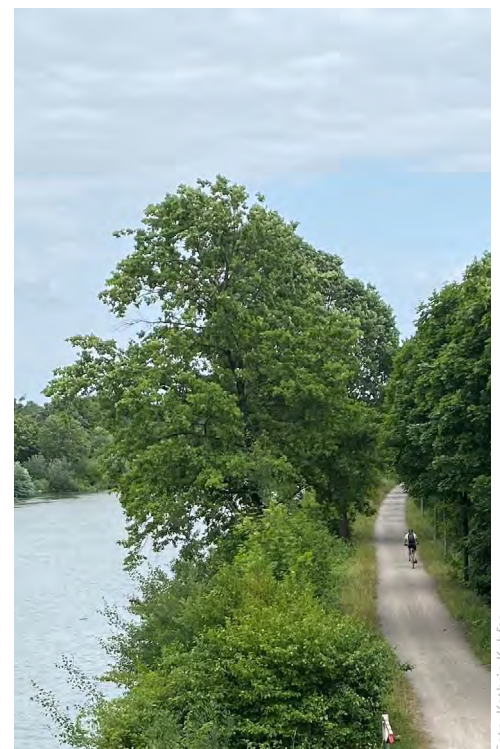


Foto: Kathrin Kuhfss



Foto: KRH Region Hannover, mit freundlicher Genehmigung

GESUNDHEIT

Medizinstrategie 2030: Neuauflistung der Gesundheitsversorgung in der Region

Deutschlandweit stehen Kliniken vor großen Herausforderungen: finanziell, durch Fachkräftemangel, Investitionsstau oder durch mehr ambulante Behandlungen. Deshalb wurde das Klinikum Region Hannover (KRH) frühzeitig beauftragt, eine Gegenstrategie zu entwickeln, die das Haus zukunftssicher aufstellen soll und eine sichere gesundheitliche Versorgung für 1,2 Mio. Menschen in der Region Hannover beinhaltet.

Wir wollen einen der größten kommunalen Klinikkonzerne Deutschlands fit für die Zukunft machen. Und dabei geht es um weitaus mehr als um einzelne Standorte. Die Medizinstrategie ist eine Qualitätsoffensive: sowohl für die Versorgung der Menschen in der Region, als auch für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im KRH. Und beides ist dringend notwendig. Das KRH wird künftig alle drei Versorgungsstufen Grund- und Regelversorgung, Schwerpunktversorgung und Maximalversorgung in seiner Standortstruktur abbilden.

Spezielle Leistungen wie z.B. Herzinfarktversorgung und Tumorbehandlung werden dabei an den Standorten mit Schwerpunkt- oder Maximalversorgung

gebündelt. Ziel ist es, dass die Menschen in der Region Hannover stets die bestmögliche Behandlung erhalten. Gleichzeitig wird das KRH ambulante und stationäre Leistungen besser miteinander verzahnen. Davon wird insbesondere die Notfallversorgung profitieren. Denn auch die ist bekanntermaßen bisher nicht besonders patient*innenorientiert – Stichwort Wartezeiten in Notaufnahmen.

Wir verstehen die Medizinstrategie, gerade in dieser Zeit des Umbaus der Krankenhauslandschaft, als Chance für unser kommunales Klinikum. Deshalb wird es an einigen Standorten Veränderungen geben.

Die Standorte Großburgwedel und Lehrte werden in Großburgwedel zusammengeführt. Dafür zunächst erforderliche Erweiterungsbauteile werden als Interimslösung geprüft und realisiert. Die Neubauplanungen am Standort Großburgwedel werden in enger Abstimmung mit dem Land Niedersachsen fortgeführt. Insbesondere wird parallel zu diesen Planungen die Option einer trägerübergreifenden Lösung im Osten der Region Hannover geprüft.

GESUNDHEIT

Am Standort Lehrte wird die Einrichtung eines Regionalen Gesundheitszentrums (RGZ) in kommunaler Trägerschaft angestrebt. Sollte ein RGZ nicht realisierbar sein, wird ein MVZ als Gesundheitscampus mit einem attraktiven und bedarfsgerechten ambulanten Angebot in kommunaler Trägerschaft weiterentwickelt. Sowohl RGZ als auch MVZ sollen zur Verbesserung der ambulanten Notfallversorgung führen.

Der Standort Laatzen wird als Grund- und Regelversorger fortgeführt und um ambulante Angebote ergänzt. Die Modernisierung der zentralen Notaufnahme wird fortgesetzt. Perspektivisch soll die Neurologie nach Gehrden und die Orthopädie und Unfallchirurgie in das Klinikum Mitte verlagert werden.

Besonders wichtig ist uns, die Zahl der Ausbildungsplätze zur Pflegefachkraft und anderer Gesundheitsfachberufe im KRRH deutlich zu erhöhen und wir wollen gemeinsam mit der Gesundheitsregion Hannover und den Kostenträgern weitere Projekte zur sektorenübergreifenden Versorgung aufzulegen und dabei den Einsatz neuer medizinisch-pflegerischer Berufsbilder in der Region Hannover zu prüfen (z.B. Physician Assistants oder Community Health Nurses).

Eine gestufte Versorgungsstruktur sieht auch das Niedersächsische Krankenhausgesetz vor. Statt die bisher acht klassischen Krankenhausstandorte mit stationärem Versorgungsangebot sollen es vier stationäre Kliniken geben: einen Maximal-, zwei Schwerpunkt- und einen Grundversorger sowie eine Klinik für die intersektorale Versorgung. Hier werden stationäre und ambulante Leistungen unter einem Dach erbracht und miteinander verzahnt.

Regionales Gesundheitszentrum: Hier sind verschiedene Gesundheitsberufe Ärzt*innen, Therapeut*innen, Pflegend

interdisziplinär tätig. Sie stellen die Grundversorgung mit ambulanten und kurzstationären Angeboten sicher.

Lest dazu auch: [Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 /DIE GRÜNEN zur Vorlage 1740 \(V\) BDs](#)

[Unsere Fraktionsvorsitzende Sinja Münzberg zur Medizinstrategie 2030](#)

[Präsentation: Medizinkonzept der KRRH unter Berücksichtigung der Vorschläge der Regierungskommission](#)

Schön Cool bleiben: Der Hitzeaktionsplan

Durch den Klimawandel werden Hitzewellen immer häufiger und immer heftiger. Der Schutz der Gesundheit hat in akuten Hitzeereignissen höchste Priorität. Die Region hat dafür jetzt einen Aktionsplan aufgestellt.

Dieser umfasst Warnmeldungen, eine Informationswebsite sowie die Einrichtung eines Funktionspostfachs und einer Hotline für Bürger*innen. Weiterhin informiert die Region bei Warnstufe I ($\geq 32^{\circ}\text{C}$) mittels Pressemitteilungen und Social Media die Öffentlichkeit. Bei extremer Hitze ($\geq 38^{\circ}\text{C}$), soll darüber hinaus über SMS und Katwarn und über LED Verkehrszeichen informiert werden.

Langfristig soll auch mehr Stadtgrün, Flächenentsiegelung und Wasserflächen bei großer Hitze Abkühlung verschaffen.

Lest dazu auch: [Leitfaden zur Erstellung von Hitzeaktionsplänen für Kommunen in der Region Hannover](#)

Die Region auf dem Weg in die Klimaneutralität: Änderung des Raumordnungsprogramms



Foto: Pixabay / meineresterampe

Zielsetzung ist, die konfliktärmsten und am besten geeigneten Flächen für die Windenergienutzung in der Region Hannover zu identifizieren und als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete Windenergienutzung raumordnerisch zu sichern.

Dabei fallen Flächen heraus wie zum Beispiel bestehende Siedlungsflächen, Naturschutzgebiete, Straßen und Flüsse und vieles mehr. Man nennt diese Flächen Tabuzonen. Außerdem wurde vom jetzigen Energiebedarf der Region Hannover eine Hochrechnung erstellt, auf der die Berechnung der zukünftigen Anzahl der Windkraftanlagen fußt.

Von den verbliebenen Flächen werden weitere „abgezogen“, die sich aus raumordnerischer Sicht entweder nicht für Windenergienutzung eignen oder auf denen andere Nutzungsarten der Vorrang gegenüber einer Windenergienutzung gegeben werden sollte. Diese Flächen werden als „weiche Tabuzonen“ bezeichnet wie zB Vorranggebiete, Siedlungsentwicklung, über die harten Abstände zu Siedlungen hinausgehende Siedlungsabstände Waldflächen, Vor-

ranggebiete für landschafts- oder infrastrukturbezogene Erholung usw.

Nach Abzug der o. g. Flächen ergeben sich dann die Flächen, die geprüft werden, ob sie einzeln oder im Verbund mit benachbarten Flächen jeweils groß genug für mindestens drei Referenz-Windenergieanlagen (Gesamthöhe 230 Meter) sind.

Die übrigbleibenden Flächen (Potenzialflächen) werden im nächsten Schritt jeweils einzeln genauer auf Konflikte mit Artenschutz und Denkmalschutz betrachtet. Weiterhin sind Landes- und Bundesgesetzgebung zu beachten, wie z.B. zur Deutschen Flugsicherung oder Belange der Bundeswehr. Und genau hier gibt es seit Mai 2023 ein Problem. Obwohl am Verfahren beteiligt, hat die Bundeswehr ein Veto für bestimmte Gebiete eingelegt und vorher errechnete Flächen fallen weg. Das bedeutet jetzt für die Planung sozusagen alles nochmal...

Aus unserer Info-Veranstaltung „Neue Planung für die Windkraft“ senden wir Euch gern eine Präsentation. Aber ACHTUNG, aus o.g. Gründen ist sie mit Streichungen versehen. Schreibt dazu eine Mail an kathrin.kuhfss@regionsversammlung.de und sie wird Euch per Mail gesendet.

Lest dazu auch: [Die 5. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms vor Eingreifen der Bundeswehr](#)

[Präsentation: Arbeitsschwerpunkte Planung und Raumordnung](#)

[Präsentation: Arbeitsschwerpunkte Energie und Klima](#)

Wald und Moor: Natürlicher Klimaschutz

Um die Folgen der Klimakrise in Verbindung mit der Biodiversitätskrise zu begegnen, haben wir die Verwaltung beauftragt eine umfassende Wald-, Moor- und Bodenstrategie zu entwickeln und umzusetzen. Sie wird sich am Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) orientieren. Ein Beispiel daraus: Der Waldanteil in der Region wird durch eine naturnahe und natürliche Weiterentwicklung bestehender Wälder mit an den Standort angepassten heimischen Baumarten hinsichtlich ihrer Klima- und Naturschutzfunktion erhöht.

Lest dazu auch: [Entwicklung einer Wald-, Moor- und Bodenstrategie für die Region Hannover](#)



Foto: Ulrich Schmersow

Wasser, Wasser, Wasser...

Unser wichtigstes Lebensmittel, gleichzeitig Produktionsmittel für Industrie und Landwirtschaft, Lebensraum für unzählige Arten, Transportweg, Freizeitstätte und vieles mehr. Die Nutzungsansprüche sind hoch, die Verfügbarkeit jedoch sinkt.



Foto: Pixabay / Manuel Dario Fuentes Hernández

Wie können wir mit dieser Ressource besser umgehen? Können auch künftig die Wasserbedarfe der verschiedenen Akteure, wie der öffentlichen Wasserversorgung, der Industrie und Landwirtschaft unter Berücksichtigung der bestehenden Wasserechte gedeckt werden?

Um das heraus zu finden, wird die Region Hannover auf unseren Antrag hin, mithilfe von Landesfördermitteln ein Wassermengenmanagementkonzept für die Region erarbeiten. Auf dessen Grundlage, Maßnahmen identifiziert werden, die unsere Lebensgrundlage langfristig schützt.

Lest dazu auch: [Wassermengenmanagement für die Region - Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN](#)



Foto: Bildarchiv Region Hannover / Georg Weber (CC BY-SA 3.0 DE)

Die Lebensleistung in den Mittelpunkt

Menschen, die das Rentenalter erreicht haben und aus verschiedensten Gründen keine auskömmliche Alterssicherung bekommen, haben zur Sicherung des Existenzminimums Anspruch auf Grundsicherung im Alter.

Trotzdem nehmen nur 38% der Berechtigten diese in Anspruch. Das bedeutet, dass in der Region Hannover ca. 22.500 Rentner*innen leben, deren Einkommen noch nicht einmal das Existenzminimum erreicht.

Die Ursachen sind vielfältig: Mangelnde Informationen, aber auch die vermeintliche Stigmatisierung und Scham. Das ändern wir jetzt und bauen die Beratung aus und lenken die Aufmerksamkeit auf das Thema Grundsicherung im Alter.

Auf unsere Initiative hin wurde eine Kampagne ins Leben gerufen, die darauf abzielt, die Grundsicherung für Menschen im Rentenalter bekannter zu machen und das damit verbundene Stigma zu entkräften. Sechs emotionale und geschichtsträchtige Schwarz-Weiß-Motive auf Plakaten, Zeitungsanzeigen und Onlinemedien zeigen Arbeiter*innen aus verschiedenen Jahrzehnten und würdigen somit ihre lebenslange Hingabe und Arbeitsleistung.

Darüber hinaus steht der Region jeden Donnerstag zwischen 9 und 12 Uhr eine telefonische Beratung unter 0511 616 27999 zur Verfügung, um Interessierten bei Fragen zur Grundsicherung behilflich zu sein. Weiterführende Informationen und ein Kurzantrag für die Grundsicherung sind zudem unter www.hannover.de/grundsicherung-region verfügbar.

Lest dazu auch: Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24. Februar 2022 – Kampagne Grundsicherung

Präsentation: Vorstellung der Kommunikationskampagne Grundsicherung



**Keine Sorge
um Heizkosten.**

Grundsicherung im Alter

Frauen bei der Keksproduktion
der Firma Bahlsen, 1962
HAZ-Haushild-Archiv im HMH
Historisches Museum Hannover

Foto: Region Hannover

ABFALL

KULTUR

FEUERWEHR

Die Tonne kommt bald auch im Umland

Hannover hat sie schon, die Umlandkommunen bekommen sie jetzt ab 2024: Nach und nach wird die Abfuhr komplett auf Tonnen umgestellt. Zunächst wird darüber der Restmüll entsorgt, bis Mitte 2025 sollen auch Verpackungsmüll und Bioabfälle in der Tonne landen. Die Abholung von Säcken entfällt dann jeweils. Das erspart den Beschäftigten bei Aha belastende Arbeit, weil sie sich nicht mehr so oft bücken müssen. Außerdem wird die Müllabfuhr in der Stadt Hannover und in den Umlandkommunen vereinheitlicht. Wir Grünen versprechen uns auch davon, dass der Bioabfall nicht mehr durch Plastiksäcke verunreinigt wird.

Lest dazu auch: [Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover Umstellung Sack auf Tonne bei Restabfall](#)

Autor*innen können weiter arbeiten

Erst drohte die Kündigung, jetzt kann das Autor*innenzentrum Hannover voraussichtlich im Ihmezentrum bleiben: Weil Eigentumsverhältnisse wechseln, kommen auf den Trägerverein deutlich höhere Mietkosten zu. Diese hätten den gesamten Etat verschlungen, sodass kein Geld für die laufende Arbeit übriggeblieben wäre. Auf Antrag von uns konnten wir Mittel zur Verfügung stellen, sodass das Autor*innenzentrum für dieses Jahr eine weitere finanzielle Unterstützung beantragen kann. Auch andere kulturelle Einrichtungen können profitieren.

Lest dazu auch: [Förderung des Autor:innen-zentrums Hannover - Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN](#)



Foto: Pixabay/ FF Bretzfeld

20.000 € für die Jugendfeuerwehr

Im Jahr 2020 konnte das beliebte Kinder- und Jugendzeltlager der Regionsfeuerwehr aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Jetzt wird nach sechs Jahren Pause das Zeltlager endlich wieder organisiert, damit die Kinder- und Jugendfeuerwehren kommunenübergreifend gemeinsame Übungen durchführen und Zeit verbringen können.

Um die Kosten für die ehrenamtlich Betreuenden möglichst gering zu halten wurden schon 21.000 € durch unseren Haushaltsantrag in den Haushalt 2023 eingestellt. Nach Anmeldeschluss hat die Regionsjugendfeuerwehrleitung festgestellt, dass es einen starken Zuwachs der Anmeldungen gegeben hat. Zusätzlich stellen die inflationsbedingten Preiserhöhungen bei der Verpflegung eine starke Kostenbelastung für die Veranstaltenden dar.

Lest dazu auch: [Weitere finanzielle Unterstützung für das Kinder- und Jugendzeltlager der Regionsfeuerwehr - Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNE](#)



Die Mitglieder der Fraktion und ihre Zuständigkeiten:

Soziales, Wohnen, Teilhabe

Evrin Camuz

Christian Hinrichs

Hannelore Mücke-Bertram

Nicole van der Made

Wirtschaft und Beschäftigung

Malte Lohmann

Claudia Goertzen

Michael Köhler

Oliver Kluck

Schule, Kultur, Sport

Dirk Grahm

Hannelore Mücke-Bertram

Oliver Kluck

Christian Fleer

Regionalplanung und Naherholung

Michael Horn

Oliver Kluck

Ulrich Schmiersow

Simone Meyer

Jugendhilfe

Nicole van der Made

Malte Lohmann

Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Diversität

Hannelore Mücke-Bertram

Nicole van der Made

Malte Lohmann

Christian Hinrichs

Feuerschutz und

Ordnungsangelegenheiten

Dirk Grahm

Christian Hinrichs

Michael Köhler

Birgit Ballweg

Umwelt und Klima

Michael Horn

Ute Lamla

Lilly Pietsch

Ulrich Schmiersow

Mobilität

Lilly Pietsch

Christian Fleer

Eike Lengemann

Malte Lohmann

Abfall

Dirk Grahm

Eike Lengemann

Birgit Ballweg

Michael Horn

Finanzen, Personal, Digitalisierung

Simone Meyer

Evrin Camuz

Sinja Münzberg

Claudia Goertzen

Gesundheit

N.N.

Der Kontakt zu den Abgeordneten ist einfach:

per Mail unter Vorname.Nachname@regionsversammlung.de

oder über die Geschäftsstelle 0511 616 22084